

PROMINENTE

Ankläger unterstützen Prinz Ernst August

Vier Jahre nachdem das Landgericht Hannover Ernst August Prinz von Hannover zu einer Geldstrafe von 445 000 Euro wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilt hat, sind die Chancen erheblich gestiegen, dass das Verfahren noch einmal aufgerollt wird. Überraschend hat sich auch die Staatsanwaltschaft Hildesheim in einem Antrag an das zuständige Landgericht für eine Wiederaufnahme des Verfahrens ausgesprochen und damit ihren bisherigen Widerstand gegen einen neuen Prozess aufgegeben. Grund ist eine Zeugenaussage von Caroline Prinzessin von Hannover, der Ehefrau des Wolfen, die diese kürzlich in Hildesheim unter Ausschluss der Öffentlichkeit gemacht



Prinz und Prinzessin von Hannover

hat. Demnach hatte ihr Mann im Jahr 2000 auf der kenianischen Insel Lamu zwar einem deutschen Hotelier zwei Schläge ins Gesicht verpasst. Allerdings habe er dabei weder ein Hilfsmittel wie einen Schlagring benutzt, wie ihm im Urteil noch zur Last gelegt wurde, noch hätten ihm Einheimische bei seiner Attacke geholfen. Die Staatsanwaltschaft bezeichnete die Angaben von

Prinzessin Caroline als „widerspruchsfrei und nachvollziehbar“. Durch diese neue Aussage, so die Anklagebehörde, seien „die Urteilsfeststellungen so weit erschüttert, dass es jedenfalls hinreichend wahrscheinlich erscheint, dass eine erneute Hauptverhandlung“ zu einer für den Prinzen „günstigeren Verurteilung (wegen einfacher Körperverletzung) führen wird“. Dagegen bestünden „Zweifel am Beweiswert“ von Aussagen, die den Prinzen im ersten Prozess belastet hätten.

AUSSENPOLITIK

Klage gegen Italien

Der Streit zwischen Deutschland und Italien um die Entschädigung von Wehrmachtsoffizieren verschärft sich: Die Bundesregierung will beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag gegen Italien klagen, um sich gegen neue Entschädigungsansprüche zu wehren. Berlin reagiert damit auf die Entscheidung des obersten italienischen Gerichtshofs vom Oktober. Das Gericht hatte bestätigt, dass Deutschland etwa eine Million Euro Entschädigung für ein Massaker der Wehrmacht in Civitella im Juni 1944 zahlen muss; seitdem droht die Pfändung deutschen Besitzes in Italien. Die Bundesregierung will in Den Haag argumentieren, dass „hoheitliches Handeln“ von Staaten, etwa durch ihre Armee, durch die sogenannte Staatenimmunität geschützt sei. Diplomaten befürchten sonst eine „Welle von Klagen gegen historisches Unrecht“ auch in vielen anderen Staaten. Das würde zu „weltweiter Rechtsunsicherheit“ führen. Derzeit sind in Italien 51 ähnliche Verfahren wie das zu Civitella anhängig. Deutschland hatte bereits 1961 eine Entschädigungsvereinbarung mit der Regierung in Rom geschlossen und danach 40 Millionen Mark an Leistungen als Wiedergutmachung gezahlt.

DER MÜNCHHAUSEN-TEST

„Der hat sich nie als christlicher Sozialist bezeichnet.“

Der CDU-Bundestagsabgeordnete **Friedrich Merz** am 30. Oktober in der ZDF-Sendung „Maybrit Illner“ über den CDU-Mitbegründer Karl Arnold

DIE FAKTEN

Karl Arnold, der 1901 im württembergischen Herrlishöfen geborene spätere Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, engagierte sich schon als junger Mann in der christlichen Arbeiterbewegung. Während der Nazi-Zeit wurde er wegen seines politischen Engagements von der Gestapo verfolgt. Nach dem Krieg war Arnold Mitbegründer der CDU. Gemeinsam mit dem Sozialdemokraten Hans Böckler beteiligte er sich zudem am Aufbau des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Arnold machte sich für eine neue Gesellschaftsordnung stark, die er „christlichen Sozialismus“ nannte. Er verstand darunter einen Weg zwischen ungemeinstem Kapitalismus und kommunistisch organisiertem Gemeinwesen. Innerhalb der Union warb Arnold für die Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien – dies fand auch

im 1947 verabschiedeten Ahlener Programm der CDU seinen Niederschlag.

DER TEST

Friedrich Merz weiß, wer Karl Arnold war. Er bestätigte dies während der Talkshow-Sendung im Gespräch mit Linken-Fraktionschef Oskar Lafontaine. Die politischen Visionen des CDU-Gründungsvaters werden dem Bundestagsabgeordneten und Finanzexperten ebenfalls nicht fremd sein.

DAS FAZIT

Dass es dem Kapitalismus-Fan Friedrich Merz nicht recht ist, an christlich-sozialistische Partei-Ahnen erinnert zu werden, ist verständlich. Nur leugnen kann er diese Wurzeln der Union nicht.

